

14 Uhr Kinderfest
mit Spielmobil:
Luftkissen,
Stelzen,
Torwandschießen
Kaffee und Kuchen

**3. Friedensfest
in Boppard
2.9.88 'Heilig Grab'**

18.00 Uhr Ökumenischer Friedensgottesdienst
19.00 Uhr Politelown Einhart Klucke
20.00 Uhr Workshop Boppard: 1989-Vertrag
20.30 Uhr Theaterstück: Die Kinder des Krieges
HedderMEIER PLUS

Veranstalter: Friedensinitiative Boppard und AW-Boppard



Friedens - Informationen

Nr. 35

September 1988



Preis: 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Simmern, 6.- 9. August 1988



Mahnwache der Friedensinitiative

Hiroshima - Mahnwache 1988

Wie in jedem Jahr gedachte die FI der ersten Atombombenabwürfe auf die Städte Hiroshima und Nagasaki, diesesmal in Simmern auf dem Schloßplatz vom 6. - 9. August.

Wir hatten gutes Infomaterial auf unseren Tischen liegen, aber leider haben immer zu wenig Leute den Mut, heranzukommen. Daher haben wir Flugblätter verteilt und sind so mit mehreren auch ins Gespräch gekommen. Ich glaube, daß die wenigsten Blätter im Abfall landen, weil sie eine gewissen Ausstrahlung in sich bergen!

Und alleine das Präsentsein an 3 Tagen an derselben Stelle mit demselben Transparent und denselben Plakaten, welche wir rundherum aufgestellt hatten, ist schon sehr wichtig gewesen! Und es war wieder ein Bild von einer Aktion der FI in der hiesigen Zeitung!

Meine Sorge um die Besetzung in der Ferienzeit war auch umsonst gewesen. Wir waren nämlich immer "besetzt". Wir wurden sogar von Kurden aus dem Irak unterstützt, deren Landsleute schon vor Jahren mit Giftgas bekämpft worden sind, und dessen schreckliche Folgen auf ihren Bildern zu sehen waren.

Am 4. Tag, dem Nagasaki-Tag, machten wir einen Umzug durch Simmern, mit Polizeibegleitung. Obwohl wir nur um 25 Menschen waren, war er ein Abbild der Gewaltlosigkeit. (Ich dachte dabei an Gandhi's Worte "nur die Gewaltlosigkeit können wir der Atombombe entgegenstellen" o.ä.). Jede/r hatte ein Plakat umhängen oder trug es in der Hand; wir ließen viel Abstand zwischen uns: 1. damit der Zug länger erschien und 2. damit sich evtl. Außenstehende noch einreihen konnten, aber dazu kam es leider doch nicht.

Dreimal hielten wir längere Zeit unterwegs an, damit der gestoppte Verkehr weiterrollen konnte, wir aber auch unser Weg-Lied "Jeder Teil dieser Erde ist meinem Volk heilig" wieder voll erklingen lassen konnten und auch wieder Flugblätter verteilen konnten. Den Abschluß bildete dann der Schweigekreis auf dem Schloßplatz.

Wir alle sind dankbar für diese Tage der Erfahrung mit uns Selbst und den Außenstehenden. Aber noch wichtiger ist, daß Hiroshima und Nagasaki nicht nur als Datum in die Geschichte eingeht, sondern als Stachel im Fleisch bleibt, der wieder herausgezogen werden muß, wenn der ganze Körper nicht vergiftet werden soll und sterben!

Und weiter ging es am 18. August zur Eröffnung der KÖDER- Ausstellung **UNSERE MARINE** in Simmern. "Übung macht den Meister". Und so fanden sich Menschen vom Friedensstammtisch Kirchberg, um vor dem Eingang des Schlosses sich den geladenen Gästen mit guten Texten auf Plakaten und wieder mit Flugblättern zu präsentieren. Es ging ganz schön lebhaft zu, in den 2 Stunden, pro und contra. Letzteres kam bei einem ehemaligen alten Mariner so zum Ausdruck, daß er mein Plakat über das rot-weiße Absperrband geworfen hat! Korvettenkapitän Kruse, der Leiter der Ausstellung, meinte danach: „Also doch Beschützer nötig!“ Ja, in dieser Form schon, erwiderte ich, aber nicht mit Bomben oder Torpedos!

Wie Ihr seht, hat es uns allen Spaß gemacht und deshalb ist der Bericht auch so lang geworden, aber für Ferienzeit hoffentlich erträglich:

Elisabeth Bernhard, Dillendorf.

Es ist Sonntag, 28. August kurz vor 16:00 Uhr. Gerade als ich diesen Bericht von Elisabeth layoute, kommt die schreckliche Nachricht von der Katastrophe beim Flugtag in Ramstein durch's Radio.— Wir trauern mit den Angehörigen um die Toten und mahnen die Lebenden erneut: „Macht endlich Schluß mit der wahnsinnigen Tieffliegerei!“

Horst Petry

HIGH NOON - 12 UHR MITTAGS

Kastellaun. Hausdurchsuchung im Kastellauner Friedensbüro. Oberstaatsanwalt Halfmann durchwühlte persönlich die Akten.

Gegen die vielen UnterzeichnerInnen des Aufrufes zu den "gewaltfreien Aktionstagen im Hunsrück vom 2. bis 11. Oktober 1987 hat die Staatsanwaltschaft Strafverfahren eingeleitet.

In der "Strafsache gegen den Journalist Wolfgang Bartels wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" schätzte der Herr Oberstaatsanwalt Martin Halfmann aus Bad Kreuznach, nachdem nun fast ein Jahr verstrichen ist, die Sachlage plötzlich als sehr brenzlich ein: "Gefahr im Verzuge". Halfmann erwirkte deshalb vom Richter Neidhardt am Amtsgericht Simmern eine Hausdurchsuchung des Hunsrücker Friedensbüros.

Höchstpersönlich hat Halfmann deshalb die Kellertür im Kastellauner Friedensbüro durch die Firma Schwerdling aus Kastellaun aufbrechen lassen. Zusammen mit Kriminalhauptmeister Ehlen, Kriminaloberkommissar Kuhn und Herrn Schneider von der Verbandsgemeindeverwaltung wurde anschließend das Friedensbüro durchstöbert.

In der Sache gegen Wolfgang Bartels wurde nichts gefunden. Rechtswidrig hat Halfmann dann allerdings noch zwei Briefe mitgehen lassen, die mit diesem Fall nichts zu tun haben. Er wollte wohl nicht ganz mit leeren Händen nach Hause gehen.

In einem Interview mit der taz erklärte er später, er sei sowieso "nicht mit großen Illusionen hingegangen". Enttäuscht plapperte er weiter: "Nun muß ich sehen, wie ich weiterwurschteln kann."

Um die Unverschämtheit seiner "Wurschtelei" komplett zu machen, ließ er die Kellertür des Friedensbüros von außen zugenageln.

In gleichem Sachverhalt, Aufruf zur Maiblockade 1987, ist Wolfgang Bartels in Bonn inzwischen übrigens rechtskräftig freigesprochen worden. (Damals wurde der Aufruf in Bonn gedruckt) Am Tag der Hausdurchsuchung im Friedensbüro bekam er sinnigerweise von der Bonner Justiz seine Unkosten in dem Strafverfahren zurückerstattet.



Halbmann, der unerbittliche Rächer der Blockierten zur taz über solche Rechtsungleichheit: „Ich kann nur sagen, die Leute haben Pech, daß sie hier wohnen.“

Der „Wurstteler“ aus Bad Kreuznach muß uns, die mit dem benachteiligten Wohnsitz, aber bitteschön noch erklären, welche Gefahr war „im Verzuge“ mit der er die Hausdurchsuchung erwirkt hat ?

Aber selbst bei angenommener „Gefahr im Verzuge“ ist er rechtswidrig vorgegangen: Nach der Strafprozeßordnung (StPO) hätte er versuchen müssen, jemanden vom Friedensbüro zu informieren, damit ihm die Tür mit einem Haustürschlüssel geöffnet wird.

Halbmann wird wohl behaupten, er habe niemand erreicht. Tatsache ist: Am selben Tag, von 9.30 bis 11.00 Uhr, war Barbara Neßling aus Gödenroth in gleicher Strafsache als Zeugin geladen. Sie hatte einen Schlüssel vom Friedensbüro bei sich und hätte aufschließen können - hätte man sie gefragt. Die Durchsuchung begann kurz nach dem Verhör von Barabara. Sinnigerweise laut Protokoll genau „high noon“, 12.00 Uhr mittags!

Reinhard Sczech



Die KünstlerInnen vor der frisch bemalten Fassade des Friedensbüros nach einem Entwurf von F.J. Hoffmann.

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

6540 Simmern, den 22.08.1988
Postfach 451
Tel. 06746/1639

Presseerklärung

HUNSRÜCK-FORUM in zweiter Instanz verurteilt

Der Redakteur des HUNSRÜCK-FORUMs Horst Petry wurde von der Ferienstrafkammer des Landgerichtes Bad Kreuznach unter Vorsitz von Richter Hartmut von Tzschoppe in zweiter Instanz wegen „öffentlicher Aufforderung zu einer Straftat“ verurteilt. Das HUNSRÜCK-FORUM hatte im April 1987 über die Gründung einer Volkszählungsboykott-Initiative u. a. berichtet, daß die Initiative auffordere, die Kennziffer auf den Volkszählungsbögen abzuschneiden. Das Amtsgericht Simmern hatte deswegen den Redakteur mit einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 20,— Mark, also 1.200,— Mark, verurteilt. Daraufhin legte sowohl der Redakteur Berufung ein, wie auch die Staatsanwaltschaft, der die Höhe der Tagessätze zu niedrig erschien. Horst Petry schilderte vor dem Gericht, wie er mit einem Sprecher der Initiative Kontakt aufgenommen und ein Interview geführt hatte. In seinem Bericht hatte er die Meinung der Initiative in indirekter, berichtender Form wiedergegeben. Die Ferienstrafkammer des Landgerichtes bestätigte jedoch die Verurteilung des Redakteurs. Lediglich die Höhe der Geldstrafe wurde von 60 Tagessätze auf 40 Tagessätze zu je 20,— Mark reduziert. In der Begründung des Urteils führe der Vorsitzende Richter aus, der Artikel sei zwar kein direkter Aufruf an Dritte, die Volkszählung zu boykottieren, doch in seiner Gesamtaufmachung erfülle er den Aufruf zu einer Straftat. Der Redakteur sei über ein „bloßes Anreißer“ weit hinausgegangen, weil er die strafbaren Ausführungen der Initiative zu seiner eigenen Meinung gemacht habe. Insbesondere sei die Überschrift „Volksaushorchung - nein danke!“ nicht in Anführungszeichen gesetzt worden. Die Anweisung der Initiative, wie mit den Volkszählungsbögen zu verfahren sei, sowie der Abdruck einer Telefon- und einer Kontonummer würden eine „eigene schöpferische Tätigkeit“ des Angeklagten darstellen. Der zusätzliche Abdruck eines Gedichtes und einer Karikatur sowie die Gesamtaufmachung der inkriminierten Seite würden weit über die Aufgabe eines Redakteurs der Presse hinausgehen. Insoweit sei der Redakteur der Aufforderung zu einer strafbaren Handlung schuldig. Es sei jedoch ein Gebot der Gerechtigkeit, die Strafe gegenüber dem Simmerner Urteil von 60 auf 40 Tagessätze herabzusenken. Horst Petry und seine Anwältin Sylvia Dux-Heiseler erklärten zum Bad Kreuznacher Urteil, dies sei ein weiterer Versuch, eine kritische Zeitung mundtot zu machen. Habe dieses Urteil Bestand, sei die Pressefreiheit gefährdet, und jeder Journalist müsse künftig mit der Schere im Kopf arbeiten, wenn er über die Arbeit von Bürgerinitiativen berichte.

Gegen das Urteil wurde Revision beim Oberlandesgericht Koblenz eingelegt.

Redaktion HUNSRÜCK-FORUM



Einladung zu einem Gerichtstermin wegen "Aufruf zu den Gewaltfreien Aktionstagen im Hunsrück vom 2. - 11. Oktober 1987"

Sehr geehrte Frau Will-Feld, sehr geehrter Minister Töpfer, sehr geehrter Herr Mallmann, sehr geehrter Herr Mertes, sehr geehrter Herr Konrad, sehr geehrter Herr Rumpf,

Wie Sie wissen, wird gegen Bürger/innen, die als Notwehr gegen den Rüstungswahnsinn zu Blockaden aufgerufen haben, ermittelt.

Wir sind sehr besorgt über den Ablauf dieser Prozesse im Amtsgericht in Simmern. Wir möchten Sie (oder eine/n Ihrer Mitarbeiter/innen) bitten, einmal dabeizusein.

Die nächsten Prozesse beim Amtsgericht finden an folgenden Terminen (jeweils um 10 Uhr) statt:

11. Juli 1988, 18. Juli 1988, 25. Juli 1988, 1. August 1988, 31. August 1988.

Über die Bereitschaft zu einem Gespräch würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen"

(Unterschriften)

Bisher liegen folgende Antworten vor (in chronologischer Folge):

Landtag Rheinland-Pfalz
Abgeordneter Joachim Mertes (SPD)
18. Juli 1988

"Sehr geehrte Frau Brück,
für Ihr Schreiben bedanke ich mich.
Die rechtsstaatlich unnötige Unerbittlichkeit des Amtsgerichts Simmern bei der Verfolgung von Blockadeaufrufen lehne ich ab.
Wird/nicht auf diese Weise der tragende Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgehöhlt?
Ich frage mich auch mit zunehmender Verbitterung, ob die Justiz in allen Fällen deutscher Geschichte nach 1945 ein vergleichbares Maß an Strafe und Buße verlangt hat.

Wir haben deshalb in Bonn einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Strafbarkeit bei Aufrufen zu Blockaden abschafft.

Da ich einen Sommerurlaub vorhabe, kann ich persönlich nicht zu einem Termin kommen. Der einzige mögliche Termin wäre der 31. August. Und dann hält die SPD den Bundesparteitag in Münster ab. (Mitarbeiter habe ich leider nicht!)

Meine Hoffnung ist, daß dieses böse Treiben durch eine Gesetzesänderung beendet wird.

Da brauchen wir jede Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen"

(Unterschrift)

Waltrud Will-Feld
Mitglied des Deutschen Bundestages
CDU
20.7. 1988

"Sehr geehrte Frau Brück,

für Ihr Schreiben, mit dem Sie mich über die Gerichtstermine in Simmern wegen des "Aufrufs zu den Gewaltfreien Aktionstagen im Hunsrück vom 2.-11. Oktober 1987" unterrichten, zunächst einmal freundlichen Dank.

Es ist mir allerdings nicht möglich, bei den Terminen selbst anwesend zu sein, da ich schon anderweitig terminlich gebunden bin. Diese Termine sind alle längerfristig geplant und nicht mehr rückgängig zu machen. Ich werde allerdings bemüht sein, dafür Sorge zu tragen, daß mir über den Verlauf und den Ausgang des Prozesses berichtet wird. Vermutlich wird es nicht möglich sein, daß ich zu jedem der angegebenen Termine einen Beobachter bitten kann, ich werde aber bemüht sein, zu dem ein oder anderen Termin einen Beobachter zu schicken.

Selbstverständlich bin ich auch gerne zu einem Gespräch mit Ihnen bereit. Ich bin der Meinung, daß ein sachliches und informatives Gespräch immer von Nutzen sein kann. Sollten die Zeitungsberichte stimmen, nach denen die Duisburger Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die blockierenden Arbeiter von Rheinhausen eingestellt hat, weil man dort der Meinung ist, daß die Situation in Rheinhausen die Blockade gerechtfertigt habe, dann müßte ich der gesamten Problematik nochmals im Einzelnen nachgehen. Nach den mir jetzt vorliegenden Informationen scheint es so zu sein, daß die Staatsanwaltschaft in Duisburg gegen ein bestehendes Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) gehandelt hat. Der BGH hat in einem Urteil vom 5. Mai 1988

ausgeführt, daß die Ziele und Motive einer Straßenblockade im Zusammenhang mit dem Tatbestand der Nötigung nicht bei der Prüfung der Rechtswidrigkeit zu berücksichtigen sind. Eine solche Berücksichtigung soll erst bei der Strafzumessung erfolgen. Der BGH hat festgestellt, daß die "Verwerflichkeit" der Gewaltanwendung schon in der Anwendung der Gewalt liege, egal aus welchen Gründen. Dabei wurde auch deutlich gemacht, daß Blockaden als Gewalt angesehen werden. Dieses Urteil hätte auch für die Staatsanwaltschaft in Duisburg bindend sein müssen.

Durch die Blockade in Duisburg sind Zehntausende von Bürgern in ihrer Bewegungsfreiheit massiv behindert worden. Dies hätte ebenso Verfahren zur Folge haben müssen, wie die Blockaden im Hunsrück.

Sollte diese Entscheidung bestehen bleiben, dann bin ich schon der Meinung, daß die Folgen der Blockade im Hunsrück nochmals überdacht werden sollten. Dies vor allem deshalb, weil die Demonstrationen im Hunsrück - entgegen anderen Demonstrationen - sich immer durch Friedfertigkeit ausgezeichnet haben. Ich habe die Demonstrationen sehr aufmerksam verfolgt und dabei beobachten können, daß nicht einmal in Ansätzen von Gewalt die Rede gewesen sein kann. Diese Friedfertigkeit ist es auch, die mich veranlaßt, jederzeit gesprächsbereit für die Friedensgruppen im Hunsrück zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre"

(Unterschrift)

Auf einen ähnlichen, ausführlicheren Brief von Rolf Haller und Tina Utermark antwortete der Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Walter Mallmann, am 28. 7. 1988:

"Frau Rolf Haller... (!)

Sehr geehrter Herr Haller,
Ihr vorgenanntes Schreiben und die diesem Schreiben beigelegten Unterlagen habe ich dankend erhalten.

Nach der Durchsicht bedauere ich Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich mich Ihres Anliegens aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht annehmen darf. Nach den gesetzlichen Bestimmungen wird der Bürgerbeauftragte tätig, wenn er Anhaltspunkte dafür erhält, daß Behörden, die der parlamentarischen Kontrolle des Landtages von Rheinland-Pfalz unterliegen, Angelegenheiten von Bürgern rechtswidrig oder unzumutbar behandeln oder behandelt haben. Infolge Ihrer (so!) Unabhängigkeit gehören Gerichte aber nicht zu den Stellen im Sinne dieser Bestimmung. Deshalb bestimmt § 3 Absatz 1 Buchstabe b des Landesgesetzes über den Bürgerbeauftragten ausdrücklich, daß dieser nicht tätig werden darf, wenn die Behandlung einer Eingabe einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtliches Verfahren oder die

Nachrufung einer richterlichen Entscheidung bedeuten würde. Ich bitte Sie deshalb auch zu verstehen, daß es mir verwehrt ist, den Ablauf eines Prozesses zu beurteilen.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Am 1. August schrieb Rolf Haller nochmal an Herrn Mallmann:

"Sehr geehrter Herr Mallmann,

wir haben den Eindruck, daß Sie unsere Schreiben falsch verstanden haben. Wir hatten nicht darum gebeten, daß Sie als Bürgerbeauftragter in die Gerichtsverhandlungen eingreifen.

Wir haben darum gebeten, daß Sie als Bürger, als Mitglied des Landtages, als Zuschauer an einem der Prozesse teilnehmen. Uns war und ist es wichtig, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, Sie an unseren Nöten und Auseinandersetzungen teilnehmen zu lassen. Die Prozesse sind ein großer und wichtiger Teil unserer Wirklichkeit geworden und gerade deshalb ist es uns wichtig, mit Menschen der "anderen Seite", die die gesetzlichen Grundlagen für unsere Verurteilungen mit-vertreten und geschaffen haben, in Kontakt, ins Gespräch zu kommen.

Wir bitten Sie als Hunsrücker, als Mitglied des Landtages und nicht als Bürgerbeauftragten, der das Verhältnis von Bürgern und Behörden klären soll.

Mit freundlichen Grüßen"

(Unterschrift)

Am 3. August antwortete der Bürgerbeauftragte:

"Sehr geehrter Herr Haller,
zu Ihrem Schreiben vom 1. August 1988 teile ich Ihnen mit, daß der Bürgerbeauftragte weder einer Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch einer kommunalen Vertretungskörperschaft angehört. Also, ein Landtagsabgeordneter, an den Sie Ihre Bitte richten, bin ich seit dem 1. Januar 1987 nicht mehr. Offenbar scheint Ihrerseits hier ein Mißverständnis zu bestehen.

Mit freundlichen Grüßen"

(Unterschrift)

Auch der Landtagsabgeordnete Helmut Konrad (FDP) reagierte auf die Briefe der Friedensgruppe Gödenroth. Er schrieb am 9.8.:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
für Ihre Schreiben, mit denen Sie zu den Prozessen wegen "Aufruf zu den gewaltfreien Aktionstagen im Hunsrück vom 2. - 11. Oktober 1987" einladen, danke ich Ihnen.

Ich verlasse mich auf die deutsche Rechtsprechung und sehe aus diesem Grunde keine Notwendigkeit für ein Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen"

(unleserliche Unterschrift)

Statt eines Kommentars:

Den Leuten geht das natürlich auch auf den Keks, daß wir die verfolgen und in anderen Ländern wird nichts gemacht. "
Äußerung Oberstaatsanwalt Halfmanns gegenüber der taz am 23.8. 88.

Wie in alten Zeiten ... § 111 StGB



Du bist nichts - der Staat ist alles!

- Prozeßtermine -

29.8. 8 Uhr 30 Landgericht Mainz: Marlies Altenhofen, August Dahl, Philipp Neßling, Klaus Matthes (Blockade Nov. 86, "4". Instanz, das Landgericht legt nur noch die Höhe der Strafe fest)

31.8. 10 Uhr Amtsgericht Simmern: Jupp Trauth, Manni Stenner, Klaus Marwitz, Friedhelm Bayer (Aufruf Aktionstage Oktober 1987, 1. Instanz)

13 Uhr Amtsgericht Bonn: Helga Genrich, Florence Pusch-Runge, Christian E. Golla, Dietrich Gaede, Barbara Gladysch, Siglinde Pauli (Aufruf Maiblockade 1987, 1. Instanz)

6.9. 11 Uhr Amtsgericht Bonn: Heidrun und Benno Kisters (Aufruf Maiblockade 1987, 2. Verhandlungstermin)

15.9. ? Uhr Landgericht Bad Kreuznach: Rönn (Mai-Blockade 1987, 2. Instanz)

19.9. 9 Uhr 30 Landgericht Bad Kreuznach: Michael Drewes, Leonie Glahn (Mai-Blockade 1987, 2. Instanz)

9 Uhr 30 Landgericht Bonn: Thomas Schmidt, Harald Böhme (Aufruf zur Mai-Blockade 1987, 1. Verhandlung in der 2. Instanz)
ACHTUNG: DER TERMIN WIRD VIELLEICHT VERLEGT. BITTE IM KABÜRO ODER FRIEDENSBÜRO ANRUFEN!!

22.9. 11 Uhr Amtsgericht Bonn: Klaus Marwitz (Aufruf zur Mai-Blockade 1987, 1. Instanz)

- Schöne Termine -

2. 9. Friedensfest in Boppard: s. Plakatabdruck in diesem Heft letzte Seite

11.9. DFU - Friedensfest in Oppenheim

11.9. ev. Gemeindehaus in Bell um 17 Uhr: "FRIEDENSTEST - KAMPAGNE"

Veranstaltung mit der Amerikanerin Sandy Perpignani, die über die Aktionen gegen die Atomtests in Nevada berichten wird. Sie unternimmt zur Zeit eine Veranstaltungstournee durch die Bundesrepublik. Ziel dieser Rundreise ist neben der Berichterstattung auch, eine Kampagne zu starten, die den Kampf um den Atomteststopp in den USA durch Aktionen in der Bundesrepublik an Atomwaffenlagern oder auch den Botschaften der Atomwaffenmächte unterstützt.



Unser Bild zeigt Sandy Perpignani am 12. März kurz vor dem Überqueren des Zauns ins Atomtestgelände bei der Aktion "reclaim the Test site" (2100 Festnahmen).

18.9. DIE SOMMERFERIEN SIND VORBEI!!!!

17 Uhr: Konversions-Arbeitskreis bei Barbara und Harald in der Kümbdcher Hohl 24 in 6540 Simmern. 06761/5311.

1. 10. Treffen der Anti-Mob-Stützpunkt-Initiativen in Bell im ev. Gemeindehaus. Zeit bitte im Friedensbüro erfragen (weil mir die Heidrun sie nicht freiwillig aufgeschrieben hat... Barb.)

Vorausblick auf die Herbstaktionen der Friedensbewegung:

15. 10. 88: Zentrale bundesweite Demo am Bauplatz des NATO - Führungsbunkers bei Linnich - Glimbach

23. - 25.9.: Aktionen gegen die IWF- und Weltbanktagung in Berlin

1. 10.: Aktionen in Böblingen gegen die Errichtung der ersten deutsch-französischen Brigade

12.11.: Demonstration der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" in Eschborn

16. oder 17. 11: Hamburg. Demonstration und Kongreß gegen die Nordatlantische Versammlung.

6. - 16. 11: Bundesweite Ökumenische Friedensdekade zum 9. Mal. In diesem Rahmen lädt die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" alle Christen in der Bundesrepublik ein, am ersten Sonntag der Friedensdekade, dem 6. 11. 1988, mit Gottesdienst, Gebet, Andacht und Gespräch der Opfer des Golfkrieges Iran-Irak zu gedenken.

Nähere Informationen bzw. Kontaktadressen für die oben genannten Aktionsschwerpunkte in diesem Herbst können im Friedensbüro in Kastellaun erfahren werden.

Friedenspreis an Jutta Dahl

Aachener Friedenspreis an Pfarrer und Pastorin

Aachen. — In Aachen gibt es seit dem 7. Mai den Verein „Aachener Friedenspreis“, der sich aus Einzelpersonen und verschiedenen Gruppen zusammensetzt. Auch SPD und Grüne sind daran beteiligt, nicht aber CDU und FDP. Dies hatte zu einer parteipolitischen Kontroverse geführt. Auf ihrer jüngsten Mitgliederversammlung benannten die Mitglieder des Vereins die ersten beiden Preisträger: Es sind die Pfarrerin Jutta Dahl aus Bell im Hunsrück und der Pfarrer Werner Sanß aus Selm bei Dortmund.

Beide haben sich nach Auffassung des Vereins „unermüdlich und mutig für die Abrüstung, für Völkerverständigung und den Abbau von Feindbildern“ eingesetzt. „Sie bringen den Gedanken des Friedens und der friedlichen Lösung unserer heutigen Probleme wo sie können

zur Sprache. Mit Mut und Klugheit weisen sie auf den Rüstungswahnsinn hin und versuchen, verhärtetes Denken und Fühlen in den Herzen und Köpfen ihrer Zeitgenossen durch Reden und Handeln aufzuweichen.“

Die 1943 geborene Jutta Dahl arbeitet in der Friedensbewegung, der 75jährige Werner Sanß stehe, so der Verein, „mehr für die Tradition im Sinne eines christlich begründeten Widerstands im Nationalsozialismus und der Anti-Atomtod- und Anti-Vietnamkrieg-Bewegung“. Pfarrer Werner Sanß ist Mitglied der Christlichen Friedenskonferenz.

Am 1. September, dem Anti-Kriegstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, soll erstmalig der Aachener Friedenspreis im Rahmen der Gewerkschaftsveranstaltung in Aachen vergeben werden.

AVZ 29.6.88

Die Preisverleihung ist am 1. September in Aachen. Jutta würde sich sehr freuen, wenn sie jemand begleiten würde. Wer Lust hat, bitte sofort anrufen: 06762-7344.

Wir gratulieren unserer lieben Jutta ganz  lich zum Friedenspreis.

Die Redaktion der „Friedensinformationen“

Nachfolgende Gegendarstellung zum Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) v. 20.7. über das Anhörungsverfahren in Neunburg v.W. habe ich der FAZ am 22.7. zukommen lassen:

Als „eine Schande für das öffentliche Leben“ bezeichnet die FAZ in ihrem Bericht v. 20.7. das Verhalten der Bürger im Anhörungs- und Genehmigungsverfahren für die 2. Teilerrichtungsgenehmigung der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Neunburg v.W.

Gewiß, schändlich ist es schon, was hier geschieht. Aber nicht, weil hier ehrbare Bürger, die eine jahrelange Diffamierung, Bespitzelung und Kriminalisierung erdulden mußten, ihre Emotionen kaum noch zurückhalten können. Eine Schande ist die schlechte, schlampige Vorbereitung der Antragsteller und der Genehmigungsbehörde auf diese Verhandlung, die ja als Entscheidungshilfe dienen soll. Geradezu peinlich ist es, wie ausweichend die Antragsteller auf fundierte, gezielte Fragen von WAA-kritischen Wissenschaftlern und Sachverständigen antworten. Ich kann das nur als eine empörende Mißachtung der Verhandlungsgegenseite betrachten. Eine Mißachtung, die allerdings von der FAZ nicht angeprangert wird. Sollten die Antragsteller sich sowieso schon sicher sein, daß die Genehmigungsbehörde letztlich doch die Genehmigung zum Weitebau der WAA erteilen wird? Falls ja, wäre diese Verhandlung wahrliche eine Farce.

Ist es denn verwunderlich, wenn die Zuhörer sich verhöhnt fühlen und die Volksseele in gerechtem Zorn zum Kochen kommt?

Es wird z.B. auf sachkundige, konkrete Fragen von Prof. Weiß stereotyp auf Absatz 3, Seite 27, eines den Zuhörern nicht geläufigen Gutachtens verwiesen. Auf klare, selbst dem Laien verständliche Zusatzfragen erfolgen immer wieder die gleichen sterotypen Hinweise. Angeforderte Unterlagen werden gar verweigert. Zum einen sind Sachverständige des bayrischen Umweltministeriums oder der Antragsteller nicht zugegen oder es wird darauf verwiesen, daß die Beantwortung einer Sachfrage zuviel Zeit in Anspruch nehmen würde. Letzte Zuflucht ist stets der Hinweis auf das deutsche Atomgesetz. Dabei hat nicht nur Hanau bewiesen, wie leicht es ist, dieses Gesetz zu unterlaufen.

Zu weiteren Ausführungen in der FAZ möchte ich noch sagen, daß natürlich nicht alle 850.000 Einwander/innen nach Neunburg v.W. kommen können, zumal die Teilnahme von vielen Seiten erschwert wurde. Es trifft aber eben doch zu, daß auch Menschen aus weiter entfernten Regionen zur Verhandlung kommen. Mein Mann und ich haben die weite Reise vom Mittelrhein nach Neunburg nicht gescheut, ganz abgesehen von den „Müttern gegen Atomkraft“, die mit ihren Kindern aus ganz Deutschland angereist waren, nicht zu vergessen die Vertreter von vielen Städten und Orten aus Mittelfranken und Österreich und nicht zuletzt Hunderte von österreichischen Bürgern. Alle diese Menschen sind voller Angst und Sorge, denn Radioaktivität macht vor keiner Grenze Halt.

In Amerika wurde übrigens auf den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen verzichtet, und sogar in England kürzt man jetzt drastisch die Mittel für die außerdem völlig unrentable Atomwirtschaft.

Sind wir in Deutschland schon wieder die Besten und Größten, sind wir wieder die Unbelehrbaren? Oder ist uns das Schicksal unserer Kinder und Enkelkinder gleichgültig?

Lore Weckbecker, Boppard am Rhein

"Rüstung schafft Arbeitsplätze"

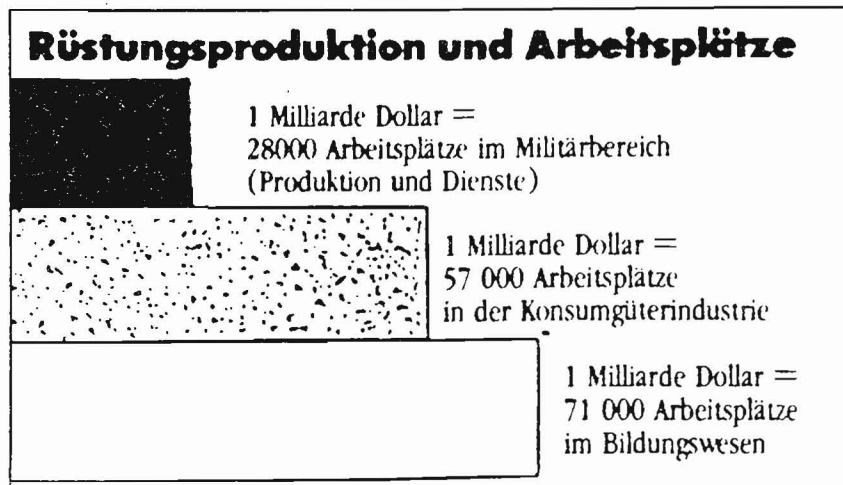
Zum Beispiel auf der Cruise-Missile-Stellung bei Hasselbach...!!

Zum Medientag in der Cruise-Missiles-Stellung gab es Info-Material. Aus diesem geht hervor, daß auf der Lohnliste auch deutsche Staatsangehörige stehen:

insgesamt 8 Personen, die zusammen 49.425\$ im Jahr verdienen. Davon bekommen die 6 deutschen Angestellten 453\$ im Monat (= 32.626\$ pro Jahr).

Die beiden deutschen Beschäftigten der AAFES-Organisation haben jeder 700\$ monatlich in der Lohntüte, aufs Jahr gerechnet zusammen 16.800\$.

Der Gesamtbetrag der Lohnzahlungen liegt bei 18 Mio 562.196 \$ für insgesamt 939 Empfängern.



Quelle: UNO - Weltkampagne für Abrüstung

Arno Carbach - Arbeitsgebiet regionale Konversion - Mainz - stellt sich vor:

Frieden und Arbeit schaffen - ohne Waffen

Seit dem ersten August 88 begleite ich halbtags eine Organisationsstelle bei den Landesgrünen in Mainz, Kaiserstr. 29a. Es geht dabei um die Unterstützung (Zusammenarbeit, Weiterbildung, Informationsbeschaffung etc.) von allen Gruppen, die sich im Hunsrück oder in der Pfalz (von entsprechenden Initiativen in der Eifel oder im Westerwald ist mir z.Z. noch nichts bekannt - oder wer weiß Gegenteiliges?) mit eigenständiger Regionalentwicklung auseinandersetzen.

In den Monaten August und September möchte ich mich zunächst an diejenigen wenden, die sich mehr oder weniger mit entsprechenden Fragen (z.B. Abhängigkeiten e. Region vom Militär, Qualifikation von Zivilbeschäftigten, örtliche Wirtschaftsstruktur usw.) bereits beschäftigen.

Ab mitte Oktober sollen andere Personen- und Interessentenkreise angesprochen und gewonnen werden, so z.B. kirchl. Gruppen, landwirtschaftl. Verbände, kommunale Verwaltung, gewerkschaftl. Initiativen - wer auch immer.

Bis dahin gilt es aber, eine erste Strategie zu entwerfen, die in sich schlüssig und sachlich fundiert ist. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit den örtlichen Gruppen geschehen!

Am Ende des Jahres soll die geleistete Arbeit und die sich abzeichnenden Entwicklungen analysiert werden, um Schritte in Richtung Rheinland-Pfalz zivil gehen zu können.

Damit Du, lieber Leser und liebe Leserin, auch ein paar private Eindrücke von mir erhältst, möchte ich mich abschließend noch kurz vorstellen: Ich bin in Karbach bei Emmelshausen geboren. Da die Zug- oder Busverbindung nach Boppard damals noch sehr schlecht waren, wechselte ich mit

12 von der Mittelpunktschule Emmelshausen zum Aufbaugymnasium (mit Internat) nach Münstermaifeld in der Vordereifel.

10 Jahre ziviler Malteserhilfsdienst bei der Ortsgruppe in Simmern, so sollte mein Ersatzdienst aussehen. Aufgrund der damaligen paramilitärischen Struktur beim MHD hatte ich mich bereits nach 13 Monaten mit meinen Vorgesetzten heillos zerstritten. Die prompte Einberufung zur Koblenzer Falkensteinkaserne überraschte mich ebenso wie meine Ausmusterung nach 6 Wochen Militärdienst.

Mein beruflicher und privater Werdegang ist recht abwechslungsreich - für eine kurze Vorstellung aber entschieden zu lang.

Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Albert Einstein, 1932

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

- ☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben
- ☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an :

Adresse : Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

Eine schöne Geschenkkarte wird im ersten Friedensinfo mitgeschickt.

- ☐ Ich überweise monatlich DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.
- ☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

----- schnipp-schnapp-ab -----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun

*Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72
Postcheckkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engelmann, Kto 44 1898-603*

Telefon des Friedensbüro: 06762-6075

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

IMPRESSUM: -Friedensinformationen- der FI Rhein-Hunsrück-Mosel
Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun
V.i.S.d.P.: Barbara Müller, Reinhard Sczech, Horst Petry
SATZ + DRUCK: Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld